

**55/PET XXII. GP**

---

**Eingebracht am 15.02.2005**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Petition**

Anton Heinzl  
Abgeordneter zum Nationalrat  
Prandtauerstraße 4  
A-3100 St. Pölten

An den Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Andreas Khol  
Parlament  
Dr.-Karl-Renner-Ring 3  
A-1017 Wien

St. Pölten, am 9. Februar 2005

### **Petition gegen die Schließung der ÖBB-Lehrwerkstätte St. Pölten**

Sehr geehrter Herr Präsident!

In der Anlage überreichen wir die Petition "gegen die Schließung der ÖBB-Lehrwerkstätte St. Pölten" im Sinne des § 100 Abs. 1 Z 1 GOG mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

Mit freundlichen Grüßen

Anton Heinzl

Anlagen: wie oben erwähnt

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**



**DER BÜRGERMEISTER**

2. Februar 2005

Sehr geehrter Herr Nationalrat,  
lieber Freund!

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt St. Pölten hat in seiner Sitzung vom 31. Jänner 2005 mit sehr großer Mehrheit eine Resolution gegen die Schließung der ÖBB-Lehrwerkstätte St. Pölten beschlossen, deren Wortlaut ich dir beiliegend zur Kenntnis bringen darf. Gleichzeitig ersuche ich dich im Namen der St. Pöltner Gemeindevertretung nachdrücklich um Unterstützung des in dieser Resolution ausgedrückten Anliegens!

Mit freundschaftlichen Grüßen

(Mag. Matthias Stadler)

S. g. Herrn  
Abg. z. NR Anton Heinzl

Kokoschkastr. 11  
3104 St.Pölten-Harland

## **Dringlichkeitsantrag**

Gemäß § 6 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat wird beantragt, nachstehenden Gegenstand in die Tagesordnung für die Sitzung des Gemeinderates am 31. Jänner 2005 aufzunehmen:

**„Resolution gegen die Schließung der ÖBB-Lehrwerkstätte“.**

Dieser Gegenstand soll unter Punkt VIa. 2a. behandelt werden.

St. Pölten, am 25. Jänner 2005

**Betrifft:** Schließung der ÖBB-Lehrwerkstätte**B e r i c h t**

an den Gemeinderat der Landeshauptstadt St. Pölten

Mit 1.1.2005 wurde die bisherige ÖBB in ihrer bisherigen Struktur verändert und in eine ÖBB Holding AG mit wirtschaftlich eigenständigen und selbst verantwortlichen Aktiengesellschaften und GmbHs umgewandelt. Der Bund hält jedoch weiterhin 100 Prozent der Anteile, wobei die Anteilsrechte vom Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie verwaltet werden.

Die Einzelgesellschaften sind zu einer betriebswirtschaftlichen Kostenrechnung verpflichtet, wovon auch der Bereich der Lehrlingsausbildung nachhaltig betroffen ist. Derzeit bilden die ÖBB deutlich mehr Lehrlinge aus, als das Unternehmen selbst benötigt. Im Zuge der Neustrukturierung ist die ÖBB genötigt, die Zahl an Lehrstellen an den Bedarf des Unternehmens anzupassen. Dies wird dazu führen, dass österreichweit von den derzeit rund 358 Lehrlingen im Jahr nur mehr 50 bis 70 ausgebildet werden.

Diese Entwicklung ist umso bedenklicher, als sich die Situation für lehrstellensuchende Jugendliche in den letzten Jahren dramatisch verschärft hat. Wie Zahlen des AMS zeigen, standen zum Jahresende 2004 bundesweit 15.648 Lehrstellensuchenden nur 1.872 offenen Lehrstellen gegenüber. Dies ergibt für 2004 eine Lehrstellenlücke von 13.776.

Zurückzuführen ist diese traurige Bilanz vor allem auf die Weigerung von immer mehr Unternehmen, Lehrlinge auszubilden und stattdessen ungelernte Arbeitskräfte oder Fachkräfte von ehemals staatlichen Betrieben zu übernehmen. Die Unternehmen ersparen sich dadurch die Ausbildungskosten, die im Falle eines High-Tech Berufes bei rund 70.000 Euro liegen.

Nach Berechnung der Wiener Arbeitsmarktforschungsgesellschaft Synthesis standen vor 25 Jahren in Österreich noch 194.100 aufrechte Lehrstellen zur Verfügung. Für das Jahr 2005 erwartet Synthesis einen weiteren Rückgang auf 117.000 Ausbildungsplätze, was gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 2.000 Lehrstellen bedeutet.

Die ÖBB wären weiterhin bereit, entsprechend ihren Ausbildungskapazitäten Lehrlinge auszubilden, erwarten jedoch eine entsprechende Abgeltung der Ausbildungskosten durch Bund, Länder, AMS und Firmen. Obwohl bereits die Anmeldefrist für das Ausbildungsjahr 2005/2006, das mit 1. September startet, begonnen hat, fehlen immer noch entsprechende Zusagen seitens der Regierung.

Durch die deutlich geringere Zahl der Ausbildungsplätze gerät ab dem Jahr 2008 auch die ÖBB-Lehrwerkstätte in St. Pölten massiv unter Druck, wobei die Ausbildung der derzeitigen Lehrlinge im bisherigen Umfang fortgesetzt und abgeschlossen wird. Derzeit erhalten 101 Mädchen und Burschen im Fachgebiet Elektro-Anlagentechnik eine hochqualifizierte Ausbildung, gilt doch die erst 1991 um 88 Mio. Schilling errichteten ÖBB-Lehrwerkstätte St. Pölten als Vorzeigeprojekt der ÖBB. Seit 1945 wurden mehr als 2.300 Lehrlinge in St. Pölten ausgebildet.

Die Ausbildungserfolge der ÖBB-Lehrwerkstätte St. Pölten können sich sehen lassen. Nur 3 % der Lehrlingsverträge werden aufgelöst, 98% der zur Lehrlingsprüfung angetretenen Lehrlinge bestehen die Prüfung, davon 18% sogar mit Auszeichnung. Als anerkennendes Zeichen für die Qualität der Ausbildung wurde der Lehrwerkstätte 1995 die staatliche Auszeichnung für vorbildliche Ausbildung und überdurchschnittlichen Erfolg bei der Lehrlingsausbildung zuerkannt. Seither ist die Lehrwerkstätte berechtigt, das österreichische Staatswappen im Geschäftsverkehr zu verwenden.

Sollte der Bund nicht bereit sein, die Kosten für die zusätzlichen Ausbildungsplätze zu übernehmen, wird die Schließung der ÖBB-Lehrwerkstätte in St. Pölten nicht aufzuhalten sein. Eine Schließung würde drastische Auswirkungen auf den Lehrstellenmarkt in St. Pölten haben, der sich derzeit vergleichsweise gut entwickelt. So ist 2004 die Zahl der Lehrstellensuchenden um 10 Lehrlinge zurückgegangen und lag Ende 2004 bei 41 Lehrlingen.

Bei der Neuerrichtung der Lehrwerkstätte übernahm die Stadt St. Pölten Kosten für Unterrichtsmittel in der Höhe von rund 22.000 Euro. Darüber hinaus unterstützt die Landeshauptstadt St. Pölten die Ausbildung der Lehrlinge mit einer jährlichen Subvention von rund 4.000 Euro.

Mit ihren Lehrwerkstätten bieten die ÖBB in St. Pölten und anderen Standorten hochqualifizierte Ausbildungsplätze an, die von der Gesamtwirtschaft auch nachgefragt werden. Der bereits jetzt bestehende Facharbeitermangel in vielen Berufen würde durch die Reduktion der Ausbildungsstellen in der Zukunft weiter verstärkt werden.

In Anbetracht all dieser Gründe, welche gegen eine Schließung der ÖBB-Lehrwerkstätte sprechen, wird der

## **ANTRAG**

gestellt, der Gemeinderat der Landeshauptstadt St. Pölten möge in seiner Sitzung am 31.1.2005 beschließen:

## **RESOLUTION**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt St. Pölten fordert die Österreichische Bundesregierung auf, die Ausbildungsmöglichkeiten an den ÖBB-Lehrwerkstätten im bisherigen Umfang zu garantieren.

Die Reduzierung der österreichweiten Ausbildungsplätze, die die ÖBB auf Grund der neuen Vorgaben der Bundesregierung umzusetzen hat, und die damit drohende Schließung der Lehrwerkstätte in St. Pölten ist in Anbetracht der äußerst angespannten Situation am Lehrstellenmarkt aus arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischer Sicht unverantwortlich.